



Bad Schwalbach, den 13.09.2017

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	9/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 12. September 2017
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	20:10 Uhr
Ort	Gemeindezentrum Hohenstein-Breithardt

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Günter Heckel	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Christian Herfurth	
Herr Jan Kraus	
Herr Staatssekretär Werner Koch	
Herr Lothar Metternich	
Herr Volker Mosler	
Frau Petra Müller-Klepper Mdl	
Herr Roland Piper	
Herr Joachim Reimann	
Frau Dr. Alexia Schadow	
Herr Udo Scheliga	
Herr André Stolz	

Herr Paul Weimann	
Frau Roubina Wendel	
Herr Thomas Zarda	
Herr Sandro Zehner	

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer	
Frau Helga Becker	
Herr Sebastian Busch	
Herr Maximilian Faust	
Herr Matthias Hannes	
Frau Christel Hoffmann	
Herr Georg A. Mahr	
Frau Tanja Pfenning	
Herr Martin Rabanus MdB	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Carsten Sinß	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Marius Weiß MdL	
Herr Thomas Wieczorek	

AfD-Fraktion

Herr Martin Bauer	
Herr Ulrich Fachinger	
Herr Matthias Finck	
Herr Viktor Flor	
Herr Christian Kessner	
Herr Karl Mayer	

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Frau Miriam Deppe	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Klaus Stolpp	

FDP Fraktion

Herr Roland Hoffmann	
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach	
Herr Stefan Müller	
Herr Alexander Müller	

FWG Fraktion

Herr Michael Barth	
Herr Karl-Wilhelm Höhn	
Frau Inga Rossow	

Fraktion Die LINKE

Frau Petra Heimer	
Herr Benno Pörtner	

fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Klein	
----------------------	--

Kreisausschuss

Herr Alexander Cornelius	
Herr Günter F. Döring	
Herr Dr. Herbert Koch	
Herr Dr. Clemens Mödden	
Frau Sabine Muth	
Frau Dorothee Nabrotzky	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Herr Hans-Joachim Pirschle	
Herr Günter Retzmann	
Herr Hans Rodius	
Herr Thomas Schnell	
Herr Rainer Scholl	

entschuldigt

Herr Alexander Bernstorff	
Herr Hans-Josef Becker	
Herr Klaus Gagel	
Frau Andrea Kremer	

Frau Monika Merkert	
Herr Karl Ottes	
Frau Wendy Penk	
Frau Ingrid Reichbauer	

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Frau Astrid Deicke-Schäfer	
Herr Franco Matera	
Frau Rebecca Sämann	
Herr Dr. Christoph Zehler	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Willsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Kilian an der Spitze, die Presse, die Gäste der Sitzung und die Verwaltung. KTV Willsch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTV Willsch begrüßt im Kreistag die Abg. Petra Heimer (LINKE), die für den Abg. Pfeil (LINKE) in den Kreistag nachgerückt ist.

KTV Willsch dankt Herrn Bürgermeister Bauer für seine Bereitschaft im Gemeindezentrum Breithardt eine Kreistagssitzung durchzuführen.

KTV Willsch ruft die Niederschrift der Sitzung vom 23.05.2017 zur Genehmigung auf. Die Niederschrift vom 23.05.2017 wird einstimmig genehmigt.

Zur Tagesordnung:

- Die Dringlichkeitsanträge der SPD- und der FDP-Fraktion zum Thema „Leerung gelber Tonnen“ (**Anlage 1 und 2 der Niederschrift**) werden durch die antragstellenden Fraktionen zurückgezogen.

Für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema „Kosten für die KITA-Freistellung“ (**Anlage 3 der Niederschrift**) spricht formal zur Dringlichkeit der Abg. Mahr (SPD). Die Abg. Rossow (FWG) spricht formal gegen die Dringlichkeit. Die Dringlichkeit wird sodann bei

JA-Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, LINKE
NEIN-Stimmen der Fraktionen von AFD und FWG und
Enthaltungen der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und 1 Fraktionsloser

abgelehnt. Der Antrag wird Gegenstand der nächsten Kreistagssitzung.

- Gemäß den Empfehlungen zur Tagesordnung aus den Ausschüssen und während der

Beratung der Tagesordnung werden die TOP III. 1, III. 8, III. 9, III. 22, III. 23, III. 24 und III. 26 in der Ausschussfassung in die Tagesordnung II überstellt. Die TOP III. 5 und III. 25 werden ebenfalls in die TO II überstellt, aber einzeln abgestimmt.

In der TO II werden weiterhin die TOP II. 3 und II. 8 auf Antrag einzeln abgestimmt.

Die TOP III. 12, III. 17, III. 18, III. 19 und III. 28 werden vertagt. Die TOP III. 10 und III. 21 werden durch die antragstellenden Fraktionen für erledigt erklärt.

In dieser Fassung wird die Tagesordnung festgestellt.

KTV Willsch berichtet, dass im Ältestenrat der Terminplan 2018 für die Gremiensitzungen beschlossen wurde (**Anlage 4 der Niederschrift**). Dieser Plan werde den Rathäusern noch in dieser Woche zur Verfügung gestellt.

KTV Willsch verweist auf die Festschrift „10 Jahre Zweckverband Rheingau“ und bittet um Kenntnisnahme.

KTV Willsch teilt mit, dass die kommende Kreistagssitzung am 06.12.2017 im Bürgerhaus in Kiedrich stattfinden werde.

TOP I.	DS	Tagesordnung I
TOP I. 1	DS	Fragestunde

Landrat Kilian begrüßt seinerseits den Kreistag und verweist bei der Beantwortung der Kleinen Anfragen auf die Übersicht, die den Fraktionen im Vorfeld zur Verfügung gestellt wurde (**Anlage 5 der Niederschrift**).

Landrat Kilian beantwortet mündlich die Kleinen Anfragen Nr. 06/17, 07/17, 08/17, 09/17, 10/17 und 11/17 und sichert zu, dass die Antworten der Niederschrift beigelegt werden (**Anlagen 6 – 11 der Niederschrift**).

TOP I. 2	DS	Bericht des Landrates
-----------------	-----------	------------------------------

Landrat Kilian gibt Sachstandsberichte zu folgenden Themen:

- Sitzung der Frankfurt RheinMain GmbH
- Gesellschafterversammlung des EDZ am 04.09.2017
- Auftragsvergabe zum Neubau der Turnhalle an der Wiedbachschule Bad Schwalbach
- Nachtragsvereinbarung zwischen Kommunen und Kreis zur Unterbringung von Flüchtlingen
- Ausbau der K 641 in Eltville-Rauenthal

- Rektorin an der Sonnenschule in Taunusstein-Neuhof
- Einstellung einer Volljuristin (1/2 Stelle) im Fachdienst Recht
- Hessenkasse

TOP . DS Tagesordnung II

KTV Willsch ruft die Tagesordnung II zur Abstimmung auf und hier zunächst die einzeln abzustimmenden TOP.

KTV Willsch stellt fest, dass 56 von 61 Kreistagsabgeordneten anwesend sind.

TOP II. 3. DS X/373 Wildschäden im RTK; hier: Berichts Antrag Nr. 04/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.03.2017

Der Berichts Antrag wird bei

Enthaltungen aus den Fraktionen von CDU und FDP
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie wurde diese Untersuchung finanziert?
 - 1.1 Welcher Betrag stammt aus Mitteln des RTK?
 - 1.2 Auf welcher Buchungsstelle wurden die Ausgaben verbucht?
2. Wie ist das Ergebnis der Untersuchung?
 - 2.1 Kann den Kreistagsmitgliedern das Ergebnis der Untersuchung in gedruckter bzw. digitaler Form zur Verfügung gestellt werden?
3. Welche Waldbesitzer im RTK sind bereit, dem Kreistag Daten über die Höhe der bisher entstandenen Wildschäden an den Waldbeständen zur Verfügung zu stellen?
 - 3.1 Wie hoch sind die Schäden bei den einzelnen Waldbesitzern?
4. In welchem Umfang ist die untere Jagdbehörde (UJB) beim RTK dafür verantwortlich, dass die Wildbestände auf ein biotopverträgliches Maß bzw. so reguliert werden, dass eine übermäßigen Schäden an den Waldbeständen und in der Landwirtschaft entstehen?
 - 4.1 Seit wann liegen der UJB-Erkenntnisse über überhöhte Wildbestände vor?
 - 4.2 Welche Maßnahmen hat die UJB bisher unternommen um das Ziel zu erreichen,

die Wildbestände auf ein Biotop-verträgliches Maß zu regulieren?

4.3 Da die bisherigen Maßnahmen offensichtlich nicht hinreichend wirksam sind:

Welche Maßnahmen sollen in Zukunft ergriffen werden, um das Ziel biotopverträgliche Wildbestände - insbesondere Rotwildbestände - zu erreichen?

4.4 Bis wann soll welches Teilziel erreicht werden?

5. Trifft es zu, dass es trotz überhöhter Rotwildbestände nach wie vor zahlenmäßige Beschränkungen bei der Bejagung gibt?

5.1 Trifft es zu, dass bestimmte Geweihmerkmale die Möglichkeit zur Bejagung von Rotwild einschränken?

5.2 Trifft es zu, dass Jäger Sanktionen befürchten müssen, wenn sie einen Hirsch Geschossen haben, an dessen Trophäe sich ein Geweihende mehr befindet, als die dafür geschaffene Richtlinie vorgibt?

5.3 Welcher Art von Sanktionen können in solchen Fällen verhängt werden?

5.4 Welche Sanktionen in welchem Umfang wurden in den letzten 5 Jahren wegen Verstößen gegen die Einschränkungen der Rotwildrichtlinie im RTK verhängt?

5.5 Welchen Inhalt hat die derzeit gültige Rotwildrichtlinie?

6. Trifft es zu, dass jedes Jahr im RTK auf einer sogenannten „Hegeschau“ (umgangssprachlich auch „Trophäenschau“ genannt) die Geweihe der im RTK erlegten Rothirsche ausgestellt werden?

6.1 Auf welcher Rechtsgrundlage findet diese Schau statt?

6.2 Ist diese Schau aus rechtlichen Gründen zwingend erforderlich oder könnte auch Darauf verzichtet werden?

6.3 Welche Erkenntnisse wurden in der Vergangenheit aus dieser Schau gewonnen?

6.4 Welche Maßnahmen wurden aus diesen Erkenntnissen abgeleitet und zur Reduktion der überhöhten Rotwildbestände umgesetzt?

6.5 Mit welchen finanziellen und personellen Mitteln unterstützt der RTK in welchem Umfang die Durchführung der jährlichen Trophäenschau?

TOP II. 8. DS X/406 Stromsperren sowie Tafeln und Tische; hier Berichts Antrag Nr. 3/17 der Fraktion DIE LINKE vom 25.04.2017; Mitteilung der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion
Enthaltungen aus der LINKEN-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP III. 5. DS X/411 Wirtschaftliche Betätigung des Rheingau-Taunus-Kreises,
Prüfung nach § 121 HGO**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der KT beschließt unter dem Vorbehalt der Zustimmung des KA, dass die Beteiligungen des R-T-K, derzeit für die aktuelle Wahlperiode, die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllen und dass keine Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden müssen.

**TOP III. 25. DS X/423 Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen bei wirtschaftlicher
Betätigung; hier: Antrag 27/17 der CDU-Fraktion vom
16.08.2017**

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FDP und 1 Fraktionsloser
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN und
Enthaltungen aus den Fraktionen von SPD und AFD
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

- Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die gesetzlichen Verpflichtungen hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Betätigung einzuhalten und diesen nachzukommen.
- Der Kreisausschuss wird beauftragt, zukünftig gemäß §123a HGO dem Kreistag einen jährlichen Beteiligungsbericht vorzulegen.
- Der Kreisausschuss wird beauftragt, gemäß §121 Abs.7 HGO mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit die wirtschaftliche Betätigung des Kreises noch die Voraussetzungen nach §121 Abs.1 HGO erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten an private Anbieter übertragen werden können. Dem Kreistag ist schnellstmöglich der Prüfungsbericht vorzulegen.
- Dem Kreistag ist für nach Möglichkeit alle Gesellschaften/Beteiligungen ein standardisierter Quartalsbericht gemäß der Beteiligungsrichtlinie vorzulegen.

KTV Willsch ruft die in der TO II verbliebenen TOP en bloc auf. Einzelabstimmung wird zu keinem TOP gewünscht. Die Vorlagen werden einstimmig, in der Fassung der Ausschussempfehlung, beschlossen.

TOP II. 1.	DS X/300	Kooperation RTV/ESWE ; hier Stellungnahme der Verwaltung zum Berichts Antrag 02/16 der FDP-Fraktion
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 2.	DS X/372	Trägerbericht für 2016 Nassauische Sparkasse ("NASPA")
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 4.	DS X/385	Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 5.	DS X/389	Erneute Mitgliedschaft in "Existenzgründungs- und Innovationsförderungsagentur e.V. (EXINA e.V.)
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Rheingau-Taunus-Kreis tritt zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber zum 01.11.2017, dem Verein Existenzgründungs- und Innovationsförderungsagentur e.V. (EXINA e.V.) wieder als ordentliches Mitglied bei. Zur Unterstützung der Vereinstätigkeit im Rahmen der Förderung von Gründerinnen und Gründern sowie Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern, als auch zur Verbesserung des allgemeinen Gründerklimas im Kreisgebiet wird dem gemeinnützigen Verein EXINA e.V. gemäß beschlossenen und genehmigtem Haushaltsplan 2017 über den Mitgliedsbeitrag hinaus ein Zuschuss in Höhe von 9.500 EUR gewährt.

TOP II. 6.	DS X/393	Weiterentwicklung der Dachmarke Kulturland Rheingau - Vorstellung des Endberichtes der Phase I
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Endbericht der Phase I des LEADER-Projektes „Weiterentwicklung Dachmarke Kulturland Rheingau“ wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 7. DS X/397 Durchführung von Aufgaben der Gewerbeüberwachung durch den Rheingau-Taunus-Kreis

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die in der Anlage angefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Aufgaben der Gewerbeüberwachung wird abgeschlossen.

TOP II. 9. DS X/407 Übergang Schule-Beruf/Weiterbildung; Berichtsantrag 01/17 der SPD-Fraktion vom 11.01.2017; Mitteilung der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 10. DS X/408 Ausstattung des Kreishauses Bad Schwalbach mit öffentlichem WLAN; hier Stellungnahme zum Berichtsantrag Nr. 07/17 der FDP-Fraktion vom 10.04/18.04.2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Das Kreishaus in Bad Schwalbach ist in allen Bereichen, in denen üblicherweise Publikumsverkehr herrscht, so auszustatten, dass kostenloser öffentlicher WLAN-Empfang möglich ist.

TOP II. 11. DS X/410 Beteiligungsbericht 2014/2015

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht 2014/15 zur Kenntnis.

TOP II. 12. DS X/416 Erweiterung und Umfirmierung der SolarProjekt Rheingau-Taunus GmbH (SPRT)

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 13. DS X/417 Berichts Antrag Nr. 02/17 der AfD-Fraktion zur EDZ GmbH

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 14. DS X/420 Sachstand Volkshochschule Vorstand und Betrauung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP II. 15. DS X/421 Schulgebäude im Eigentum des Rheingau-Taunus-Kreises;
hier: Berichts Antrag Nr. 05/17 der FDP-Fraktion vom 15.08.2017,
eingegangen am 16.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Zustandsbericht bezüglich der kreiseigenen Schulgebäude zu erstellen, der jeweils folgende Punkte darstellt:

1. Jeweiliger baulicher Zustand des Schulgebäudes
2. Bestehender Sanierungsbedarf, wenn ja in welchem Umfang
3. Absehbarer Erweiterungsbedarf, wenn ja in welchem Umfang
4. Sachliche Ausstattung der Schulgebäude im Hinblick auf die IT-Infrastruktur
5. Bedarf an Ausstattung mit IT-Infrastruktur, wenn ja in welchem Umfang

**TOP III. 1. DS X/319 Satzung über den Anschluss und den Betrieb von
Brandmeldeanlagen an die Brandmeldeempfangszentrale in der
Zentralen Leitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Satzung über den Anschluss und den Betrieb von Brandmeldeanlagen an die Brandmeldeempfangszentrale in der Zentralen Leitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises wird beschlossen.

TOP III. 8.	DS X/337	Resolution "Ultranet"; hier: Antrag Nr. 09/17 der CDU-Fraktion vom 21.04.2017, eingegangen am 24.04.2017
TOP III. 9.	DS X/346	Ultranet - Alternative Trassenführung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 15/17 der SPD-Fraktion vom 25.04.2017

Die Beschlussfassung erfolgt auf Grundlage der EUKA-Empfehlung vom 05.09.2017, die den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD vom 16.05.2017 und die Ergänzung durch die FDP vom 17.05.2017 umfasst.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises stellt fest, dass die von den Übertragungsnetzbetreibern Amprion und Transnet BW geplante Stromleitung „Ultranet“ als Projekt mit sogenannter Hybridtechnologie, bei Gleich- und Wechselstrom auf denselben Masten übertragen werden sollen, bisher weltweit einmalig ist.
2. Der Kreistag stellt zudem fest, dass die bisher bestehende Hochspannungs-Trassenführung in Niedernhausen, Idstein und Hünstetten-Wallrabenstein mitunter nur 20 Meter an bestehender Bebauung vorbeiführt. Der Kreistag des Landkreises Rheingau-Taunus spricht sich für eine anwohnerfreundliche und siedlungsverträgliche Trassenführung des BBPIG-Vorhabens Nr. 2 „Ultranet“ von Osterath nach Philippsburg aus.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen und Anliegern in Rahmen der Offenlegung der aktuell in Arbeit befindlichen Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur und im Rahmen des vermutlich 2018 stattfindenden Planfeststellungsverfahrens in Stellungnahmen an die Bundesnetzagentur auf eine alternative Trassenführung hinzuwirken. Wo möglich, sollen Spielräume genutzt werden, um im Rahmen alternativer Trassenvarianten Aspekte der Anwohnerfreundlichkeit, der Siedlungsverträglichkeit und allgemeiner Risikoversorge durch hinreichende Abstände zu bebauten Gebieten einzuhalten. So kann günstigenfalls sogar eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Bestand erreicht werden. Die Möglichkeiten einer Erdverkabelung sind hierbei zu prüfen.
4. Der Kreisausschuss wird gebeten, den Gesetzgeber aufzufordern, das Gesetz über den Bundesbedarfsplan dahingehend zu ändern, dass das Vorhaben 2 (Höchstspannungsleitung Osterrath-Philippsburg: Gleichstrom) in der Anlage (zu § 1 Absatz 1) Bundesbedarfsplan mit der Kennzeichnung „E“ versehen wird und somit eine Erdverkabelung vorgenommen werden muss.
5. Alternativ muss die kombinierte Wechselstrom-Gleichstrom-Hochspannungs-Freileitung Ultranet auf jeden Fall einen Abstand von 400m zu Wohngebieten einhalten.
6. Der Gesetzgeber ist zudem aufzufordern, die gesundheitlichen Auswirkungen kombinierter Wechselstrom-Gleichstrom-Hochspannungs-Freileitungen umfassend zu untersuchen und bei Bedarf weitere Maßnahmen zum Schutz der Anwohner in die Wege zu leiten.

**TOP III. 22. DS X/415 Abwenden des Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden;
hier Antrag Nr. 24/17 der CDU-Fraktion vom 14.08.2017,
eingegangen am 15.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat gegen das Land Hessen hinsichtlich der Einhaltung des Luftreinhalteplans Klage eingereicht. In diesem Zusammenhang steht als Maßnahmenkonsequenz auch ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden im Raum, das auch gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung des Rheingau-Taunus-Kreises hätte. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises steht einem Dieselfahrverbot klar ablehnend gegenüber und appelliert an die Hessische Landesregierung, die Landeshauptstadt Wiesbaden, aber auch an die Vertreter der hiesigen Wirtschaft, insbesondere der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, sich grundsätzlich für ein Abwenden des Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in Wiesbaden einzusetzen.

Der Rheingau-Taunus-Kreis appelliert an die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass die technisch notwendige Nachrüstung (Nicht Softwareanpassungen) der Fahrzeuge von den verursachenden Unternehmen voll bezahlt werden und nicht von den Kunden, die im guten Glauben an die Einhaltung der Luftimmissionsgrenzwerte der EU diese Dieselfahrzeuge gekauft haben.

**TOP III. 23. DS X/419 Prüfung zusätzlicher Waggonen in den Zügen der Linie 10 der
VIAS zu Stoßzeiten; hier: Antrag Nr. 25/17 der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 18.08.2017, eingegangen am 16.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob und unter welchen Bedingungen eine Ausweitung der Kapazitäten auf der Rheingau-Strecke der VIAS durch zusätzliche Waggonen möglich ist. Mit dem RMV und der VIAS sind Gespräche über dieses Thema zu führen.

Folgende Punkte sind zu prüfen:

1. Ist eine Ausweitung der Kapazitäten durch zusätzliche Zugabteile grundsätzlich möglich?
2. Wie sehen die Fahrgastzahlen, z.B. an Werktagen (u.a. zu Stoßzeiten), in den Ferien und an den Wochenenden im Sommer aus?
3. Wie sehen die vertraglichen Vereinbarungen zwischen RMV und VIAS über Kosten und Zuglängen zu bestimmten Zeiten aus? Nach diesen Vereinbarungen dürfte die VIAS ihren Fahrzeugpark bemessen und beschafft haben.

4. Welche Kapazitäten hat die VIAS, um absehbare Stoßzeiten angemessen zu bedienen?
5. Wie schnell und flexibel kann seitens des RMV und der VIAS reagiert werden?
6. Wie sehen die Gegebenheiten in den Bahnhöfen aus?

Über das Ergebnis der Gespräche ist dem Kreistag in der nächsten Kreistagssitzung zu berichten.

TOP III. 24. DS X/422	193. Vergleichenden Prüfung "Haushaltsstruktur 2016: Landkreise"; hier: Antrag Nr. 26/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017
------------------------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, die Handlungsempfehlungen der 193. Vergleichenden Prüfung „Haushaltsstruktur 2016“ zu bewerten und die Handhabung der jeweiligen Handlungsempfehlung ausführlich darzulegen.

1.1 Im Besonderen wird der Kreisausschuss gebeten, eine ausführliche Bewertung der Handlungsempfehlungen in dem Bereich der Schulträgeraufgabe im Zuge der Empfehlung einer Pool-Lösung in Bezug des Hausmeisterservices sowie in dem Bereich Soziale Leistungen im Sinne der Qualitätsentwicklungsvereinbarungen, wo demnach die Jahres- und Qualitätsentwicklungsgespräche wieder eingeführt werden sollen, vorzunehmen.

TOP III. 26. DS X/424	Einführung eines wirkungsvollen Haushalts-Konsolidierungsmanagements; hier Antrag Nr. 28/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017
------------------------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Haushalts-Konsolidierungsmanagement als Erfolgskontrolle bei der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes im Sinne eines maßnahmenbezogenen Soll-Ist-Abgleichs einzuführen. Die Umsetzungsschritte der einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen sind hinsichtlich der realisierten und geplanten Konsolidierungswirkung standardisiert und jährlich dem Kreistag zu berichten.

2. Dem Kreistag ist zudem zukünftig immer zur Sitzung nach der Sommerpause eine unterjährige Berichterstattung der Plan-Ist-Zahlen zur Haushaltssituation sowie dem Umsetzungsstand des Haushaltssicherungskonzeptes und seiner wesentlichen Maßnahmen vorzulegen. Dieser Bericht soll ein Ampel-System (rot-gelb-grün) beinhalten, um die einzelnen Produkte bestmöglich einzuschätzen.

TOP .	DS	Tagesordnung III
TOP III. 2.	DS X/387	Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Stellungnahme des Rheingau-Taunus-Kreises

Zum TOP liegen Änderungsanträge der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion vor (**Anlagen 12 und 13 der Niederschrift**). Im Verlauf der Aussprache übernimmt die FDP-Fraktion den Antrag der CDU.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Zehner (CDU) mit Bericht aus dem HFA, Müller, S. (FDP), Weimann (CDU), Weiß (SPD), Pörtner (LINKE), Reineke-Westphal (GRÜNE) und Stolpp (GRÜNE).

KTV Willsch teilt mit, dass die einzelnen Punkte getrennt (bei Punkt 1: 1a und 1b) abgestimmt werden.

Punkt 1a wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Punkt 1b wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN, LINKEN und 1 CDU und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Punkt 2 wird in der Fassung des CDU-Antrages bei

5 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Punkt 3 wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN und 1 CDU und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der vorbehaltlich der Bestätigung durch Kreisausschuss, Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung und Kreistag fristwährend versendeten Stellungnahme zur dritten Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses der Kreistagssitzung zugestimmt.

TOP III. 3. DS X/396 Schulentwicklungsplanung Kreisteil Untertaunus

An der Aussprache beteiligen sich der Abg. Weiß (SPD) mit Bericht aus dem ASU und einer Zwischenfrage des Abg. Pörtner (LINKE) und KB Scholl als zuständiger Dezernent. Der Kreistag beschließt gemäß der Vorlage aus dem ASU einstimmig.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Abschlussbericht der Schulentwicklungsplanung für den Kreisteil Untertaunus zur Kenntnis.

Im Planungsgebiet sind derzeit weder durch die Schülerzahlen noch durch Elternwille erkennbare schulorganisatorische Änderungen notwendig.

Der Kreistag beschließt:

- Die Grundschulbezirkssatzung nach den Vorschlägen und im Einvernehmen mit den Betroffenen an folgenden Standorten zu ändern: Taunusstein, Idstein und Hohenstein;
- Die Schüler/innen aus den Waldemser Ortschaften Niederems, Reichenbach, Steinfischbach und Wüstemers auch weiterhin an der Grundschule in Weilrod-Riedelbach zu beschulen;
- Den Grundschulstandort Heidenrod-Laufenselden zu erhalten;
- Die Astrid-Lindgren-Schule in Aarbergen-Kettenbach bleibt am Standort bestehen. Eine räumliche Zusammenlegung mit der Aartalschule in Aarbergen-Michelbach ist derzeit nicht möglich. Die verschobene Brandschutzsanierung an der Astrid-Lindgren-Schule erfolgt;
- Die Aartalschule Michelbach und die Nikolaus-August-Otto-Schule werden ihre Kooperation intensivieren. Hierfür ist der Ausbau der Busanbindung zwischen Aarbergen, Hohenstein und Bad Schwalbach erforderlich;
- Die IGS Obere Aar in Taunusstein-Hahn wird in Kooperation mit den Beruflichen Schulen Untertaunus ein PuSch-Angebot zum Schuljahr 2018/19 einrichten;
- Die Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach richtet ab Schuljahr 2017/18 eine 10. Hauptschulklasse ein;
- Die Oberstufenangebote des sogenannten „Nuller-Jahrgangs“ durch den Rückgang zu G 9 werden im Schuljahr 2019/20 die Limeschule in Idstein sowie die Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach einrichten;
- Die Limeschule und die Pestalozzischule in Idstein werden ihre Kooperation im Sinne der Attraktivität eines breiten Oberstufenangebotes mit Unterstützung des Staatlichen Schulamtes verstetigen;
- Die Limeschule Idstein und die Theißtalschule Niedernhausen werden ihre Kooperation intensivieren;

- Der Wunsch der Grundschulen nach einer Einführung der Schulsozialarbeit wird in den zuständigen Ausschüssen des RTK weiter thematisiert;
- Die Notwendigkeit eines höheren Schulplatzangebotes für Schüler/innen mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten wird mit dem Staatlichen Schulamt in Umsetzung der Inklusiven Schulbündnisse weiter thematisiert;
- Ein Schulentwicklungsplan für das gesamte Kreisgebiet wird ab 2019 erarbeitet, wenn turnusgemäß der Kreisteil Rheingau zur Prüfung ansteht. Da v. g. Beschlussfassungen zur Schulentwicklung im Kreisteil Untertaunus keiner Genehmigung durch das HKM bedürfen, erfolgt keine Teilfortschreibung, zumal das Hessische Kultusministerium die Vorlage eines Gesamtplanes für das Kreisgebiet präferiert.

TOP III. 4. DS X/403 Citybahn-Anbindung Bad Schwalbach – Zeit- und Kostenplan

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Zehner (CDU) mit Bericht aus dem HFA, Landrat Kilian und die Abg. Stolz (CDU), Bauer (SPD) mit Begründung des Änderungsantrages der SPD, der in 2 Teilen abgestimmt werden soll (**Anlage 14 der Niederschrift**), Flor (AFD), Müller S. (FDP), Lieber (GRÜNE), Klein (fraktionslos), Barth (FWG), Pörtner (LINKE), Reineke-Westphal (GRÜNE) und Mosler (CDU).

KTV Willsch lässt sodann zunächst den SPD-Ergänzungsantrag und sodann die HFA-Empfehlung abstimmen. Hier soll Punkt 1 getrennt abgestimmt werden.

Teil 1 des SPD-Ergänzungsantrages wird bei

JA-Stimmen der Fraktionen von SPD, FWG, LINKEN und 1 AFD
NEIN-Stimmen der Fraktionen der Fraktionen GRÜNE, AFD, 1 FDP und 1 Fraktionsloser und
Enthaltungen der CDU-Fraktion und 3 FDP
mehrheitlich

beschlossen.

Teil 2 des SPD-Ergänzungsantrages wird bei

JA-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen der Fraktionen der Fraktionen AFD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser
mehrheitlich

beschlossen.

Satz 1 der HFA-Empfehlung wird einstimmig beschlossen.

Die Gesamtvorlage wird sodann mit den beschlossenen Änderungen bei
JA-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN und
NEIN-Stimmen der Fraktionen der Fraktionen AFD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser
mehrheitlich

beschlossen.

KTV Willsch stellt fest, dass damit TOP III. 20 erledigt ist. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Die Ausführungen zum Zeit- und Kostenplan zur Anbindung der Citybahn bis Bad Schwalbach werden zur Kenntnis genommen.
2. Sofern eine Förderfähigkeit der Citybahn-Anbindung bis Bad Schwalbach im Gesamtinfrastrukturvorhaben der Citybahn Mainz-Wiesbaden-Bad Schwalbach nach dem Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsgesetz (Bundes-GVFG) gegeben ist, wird der Kreisausschuss beauftragt, mit dem Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde in Verhandlungen einzutreten, um schon im Vorgriff auf den Haushaltsbeschluss zum Haushalt 2018 die Bereitschaft der Aufsichtsbehörde zur in Aussicht zu stellenden Genehmigungsfähigkeit der zu erwartenden Nettoneuverschuldungen in den Haushaltsjahren 2018 bis 2026 zu prüfen.
3. Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist dem Kreistag umgehend, spätestens aber zu den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2018 zu berichten.
4. Der Rheingau-Taunus-Kreis tritt als Gesellschafter der Citybahn GmbH schnellstmöglich nach Vorliegen einer positiven Kosten-Nutzen-Untersuchung bei. Hierbei kann er sich seiner Beteiligungen bedienen.
5. Der Rheingau-Taunus-Kreis verfolgt einen anteiligen Streckenabschnitt Eiserne Hand-Bad Schwalbach und setzt sich hierfür ein.

TOP III. 20. DS X/413 CityBahn GmbH Main/Wiesbaden; hier: Antrag Nr. 22/17 des fraktionslosen Abg. Klein vom 15.08.2017

Abstimmungsergebnis: **für erledigt erklärt**

TOP III. 6. DS X/296 Rückführungsstrategie des Rheingau-Taunus-Kreises; hier: Antrag Nr. 06/17 der AfD-Fraktion vom 17.02.2017, eingegangen am 20.02.2017

Zum Tagesordnungspunkt liegen ein CDU-Änderungsantrag (**Anlage 15 der Niederschrift**) und eine Aktualisierung des AfD-Antrages vor (**Anlage 16 der Niederschrift**).

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Fachinger (AFD) mit Begründung des Antrages, Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS, Wieczorek (SPD), Hoffmann (FDP), Dr. Kluge-Pinsker (GRÜNE), Linke-Diefenbach (FDP), Stolz (CDU), Landrat Kilian und die Abg. Weiß (SPD), Linke (GRÜNE), Pörtner (LINKE) und Rossow (FWG).

Abg. Müller, S. (FDP) beantragt zur Geschäftsordnung: „**Schluss der Rednerliste**“. KTV

Willsch teilt mit, wer sich noch auf der Rednerliste befindet. Gegen den Antrag erhebt sich kein Widerspruch. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Klein (fraktionslos) und Stolz (CDU).

Der CDU-Änderungsantrag wird bei

JA-Stimmen aus der CDU-Fraktion
NEIN-Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FWG, LINKE und 1 FDP und
Enthaltungen der AFD-Fraktion, 3 FDP und 1 Fraktionsloser
mehrheitlich

abgelehnt.

Die Punkte 1 – 5 des AFD-Änderungsantrages werden bei

JA-Stimmen der AFD-Fraktion
4 Enthaltungen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Punkt 6 des AFD-Änderungsantrages wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU und AFD (23)
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNE, FWG und LINKE (24) und
Enthaltungen der FDP-Fraktion und 1 Fraktionsloser
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 7. DS X/333	TOP III.8 der Kreistagssitzung vom 14.03.2017 DITIB-Moschee, Dringlichkeitsantrag Nr. 26/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, hier: Änderungsantrag der FWG-Fraktion vom 14.03.2017; hier: Stellungnahme des Fachdienst Recht
-----------------------------	---

Landrat Kilian erläutert kurz die Verwaltungsvorlage. Abg. Mahr (SPD) beantragt zur Geschäftsordnung: „**Ende der Debatte**“. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

KTV Willsch stellt fest, dass somit die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis genommen wird.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen des Rechtsamts zur Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung zur Kenntnis.

TOP III. 11. DS X/339 Erstellung eines Handlungskonzepts zur Klimaanpassung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 11/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal (GRÜNE) mit Begründung des Antrages, Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA und Fachinger (AFD), der den eingereichten Änderungsantrag seiner Fraktion (**Anlage 17 der Niederschrift**) zurückzieht.

KTV Willsch lässt über die Beschlussempfehlung des EUKA (Ablehnung) abstimmen. Diese wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AFD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser
NEIN-Stimmen der Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN und
Enthaltungen aus der SPD-Fraktion

beschlossen.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 13. DS X/342 Anhebung des Hartz IV Regelsatzes auf 520 Euro; hier: Antrag Nr. 13/17 der Fraktion DIE LINKE vom 25.04.2017

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pörtner (LINKE) mit Begründung des Antrages, Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS und Rossow (FWG).

KTV Willsch lässt über die JUBIS-Beschlussempfehlung (Ablehnung) abstimmen. Diese wird bei

NEIN-Stimmen der LINKEN und 1 GRÜNER
Enthaltungen der GRÜNEN-Fraktion und 1 SPD und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses

beschlossen.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 14. DS X/344 Sozialwohnungen; hier: Antrag 14/17 der Fraktion DIE LINKE vom 25.04.2017

An der Aussprache beteiligt sich der Abg. Pörtner (LINKE) mit Begründung des Antrages. KTV Willsch übergibt die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter, den Abg. Weimann (CDU). An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS, Mahr (SPD), Müller-Klepper (CDU), Müller, A. (FDP), Dr. Kluge-Pinsker (GRÜNE) und Zehner (CDU) mit Bericht aus dem HFA.

Stellvertretender KTV Weimann lässt über die JUBIS-Empfehlung (Ablehnung) abstimmen. Diese wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, AFD, FWG, FDP und 1 Fraktionsloser und
NEIN-Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN
mehrheitlich

beschlossen.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 15. DS X/353 Ortsumgehung Esch schnell realisieren- B 8 Ausbau in einem Guss planen und umsetzen; Dringlichkeitsantrag Nr. 16/17 der SPD-Fraktion vom 08.05.2017

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pfenning (SPD) mit Begründung des Antrages, Hoffmann (FDP) mit Bericht aus dem EUKA, Willsch (CDU), Müller, A. (FDP), Reineke-Westphal (GRÜNE) und Rossow (FWG).

Die EUKA-Beschlussempfehlung wird sodann bei
Enthaltungen aus der GRÜNEN-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich angesichts der Verkehrssituation und der hohen Belastung mit Durchgangsverkehr für die Anwohner entlang der B8 im Ortsteil Esch bei der Hessischen Landesregierung nachdrücklich dafür einzusetzen, die im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf eingestufte Maßnahme zügig zu planen und umzusetzen. Es kann und darf nicht sein, dass der Ausbau in Esch auf die lange Bank geschoben wird während die übrigen Maßnahmen an der B8 in die Umsetzung kommen. Die Folgen könnten für Esch erhebliche Mehrbelastungen bedeuten.

Um dies zu verhindern und dafür zu sorgen, dass auch die anderen Maßnahmen nicht verzögert werden, müssen die Planungen zusammengeführt und aus einem Guss zügig vorangetrieben werden. So kann sichergestellt werden, dass die Verkehrsentslastung und damit ein Zugewinn an Lebensqualität für alle Anwohner an den betroffenen Streckenabschnitten der B8 Fahrt aufnehmen kann.

TOP III. 16. DS X/364 Gesundheitsschutz Nachtfahrverbot von Güterwagons; hier: Antrag Nr. 19/17 der Fraktion DIE LINKE vom 22.05.2017, eingegangen am 23.05.2017

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pörtner (LINKE) mit Begründung des Antrages, stellvertretender KTV Weimann mit Bericht aus dem EUKA und die Abg. Willsch (CDU), Linke-Diefenbach (FDP), Rabanus (SPD), Stolpp (GRÜNE) bei einer Zwischenfrage des Abg. Willsch (CDU) und Hoffmann (FDP).

Der Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN, FWG und LINKEN
NEIN-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, AFD, FDP und 1 Fraktionsloser und
2 Enthaltungen aus der SPD-Fraktion
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP III. 27. DS X/425 Bauen im Außenbereich; hier: Antrag Nr. 29/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017

KTV Willsch übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vor (**Anlage 18 der Niederschrift**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler (CDU) mit Antragsbegründung, Hoffmann (FDP) mit Bericht aus dem EUKA, Sinß (SPD), Rossow (FWG), Reineke-Westphal (GRÜNE) und Müller, St. (FDP).

KTV Willsch lässt zunächst über den SPD-Ergänzungsantrag abstimmen. Dieser wird bei

18 JA-Stimmen und
27 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der CDU-Ursprungsantrag wird sodann bei

25 JA-Stimmen und
23 NEIN-Stimmen mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Runden Tisch „Bauen im Außenbereich“ mit den Vertretern des Weinbauamtes, Kreisbauamtes (Kreisverwaltung), Kreisbauernverbandes, Weinbauverbandes, Zweckverband Rheingau, Landwirtschaftsbehörde sowie mit Vertretern der Städte und Gemeinde des Rheingau- Taunus-Kreises und je einem Vertreter der Kreistagsfraktionen des Rheingau-Taunus- Kreises zu bilden; mit dem Ziel, freiwillige Kriterien für das Bauen im Außenbereich zu erarbeiten.

**TOP III. 12. DS X/340 Erneute Sachbeschädigung gegen Mitglieder der AfD im RTK;
hier: Antrag Nr. 12/17 der AfD-Fraktion vom 25.04.2017**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP III. 17. DS X/398 Kreisweite Einführung des Katwarn Systems über die
Rettungsleitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises /
Bürgerfreundliches Kommunalwarn- und Informationssystem
über das Smartphone; Antrag Nr. 19/17 der CDU-Fraktion vom
26.07.2017**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 18. DS X/405 **Bereitstellung zusätzlicher Züge während der Sanierung der Salzachtalbrücke; hier: Antrag Nr. 20/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.08.2017, eingegangen am 07.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **Vertagt**

TOP III. 19. DS X/412 **Erhalt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung beim Landeswohlfahrtsverband Hessen; hier Nr. 21/17 der Fraktion Die LINKE vom 14.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **Vertagt mit CDU- Änderungsantrag (Anlage 19)**

TOP III. 28. DS X/426 **Teilnahme am Kassenkreditentschuldungsprogramm "Hessenkasse" der Hessischen Landesregierung; hier: Antrag Nr. 30/17 der CDU-Fraktion vom 16.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **Vertagt**

TOP III. 10. DS X/338 **Linie 271; hier: Antrag Nr. 10/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.04.2017**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

TOP III. 21. DS X/414 **PKW-Verkehr mit Erdgasantrieb fördern; hier: Antrag Nr. 23/17 des fraktionslosen Abg. Klein vom 15.08.2017**

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

KTV Willsch schließt die Sitzung gegen 20.10 Uhr und dankt ausdrücklich den Hohensteiner Landfrauen für die Bewirtung und nochmals der Gemeinde für den Tagungsort.

Bad Schwalbach, 13. September 2017

.....
(Klaus-Peter Willsch)
Ausschussvorsitzender

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer